



**Halbzeitbilanz  
der Landesregierung  
in Mecklenburg-Vorpommern  
zur Mitte der 7. Wahlperiode**

**12. März 2019**

## 1. Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich vorangebracht

Mecklenburg-Vorpommern hat sich in der ersten Hälfte der Wahlperiode **wirtschaftlich gut entwickelt**. Die Wirtschaftsleistung ist gewachsen. Es sind neue zukunftsfähige Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitslosenzahlen sind spürbar zurückgegangen.

Die **Wirtschaftsleistung** des Landes ist 2017 preisbereinigt um +1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr **gestiegen**. Industrie, Gesundheitswirtschaft, Handwerk, Dienstleistungen und Tourismus im Land wachsen. Auch das verarbeitende Gewerbe insgesamt sowie der Einzelhandel tragen zum Wirtschaftswachstum bei.

Weiter zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit im Land. Die **Zahl der Arbeitslosen** ist **auf dem niedrigsten Stand seit der Deutschen Einheit**. Sie lag 2018 im Jahresdurchschnitt bei 65.000 und damit um 15.000 niedriger als 2016. Auch bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit konnten deutliche Fortschritte erzielt werden. Die Anzahl langzeitarbeitsloser Personen in Mecklenburg-Vorpommern sank von 2016 zu 2018 um nahezu ein Viertel. Weiter angestiegen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Landesregierung hat im In- und Ausland **erfolgreich um Investoren geworben**. So konnte in Kavelstorf die Deckma GmbH, ein Hersteller und Lieferant für die Schiffbau- und Offshore-Industrie, angesiedelt werden. In Ludwigslust hat die fenix outdoor logistics GmbH ein neues Logistikzentrum errichtet. In Schwerin baut das Medizintechnik-Unternehmen Ypsomed ein neues Werk auf.

## 2. Unterstützung für die regionale Wirtschaft ausgebaut

Damit sich die positive Entwicklung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt fortsetzt, hat die Landesregierung in den vergangenen 2 ½ Jahren gezielt **in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes investiert**.

Dabei setzt die Landesregierung auf eine **enge Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften**. Das bisherige Bündnis für Arbeit ist zum **Zukunftsbündnis MV** weiterentwickelt worden. Wichtigstes gemeinsames Thema ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Im Rahmen der Industrie- und Standortoffensive Mecklenburg-Vorpommern wurde die **Vermarktung der Industrie- und Gewerbestandorte** in Mecklenburg-Vorpommern weiter vorangetrieben. So wurden neue Konzepte für die Vermarktung der Großgewerbestandorte Pommerndreieck und Pasewalk entwickelt. Auch für den Industriestandort Laage wurde eine neue Vermarktungsstrategie entwickelt.

Um die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu verstärken und jungen, innovativen Technologiefirmen beste Chancen zu bieten, hat die Landesregierung die **Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation weiter ausgebaut**. Die dafür zur Verfügung stehenden Mittel aus dem EFRE sind von 168 auf 218 Millionen Euro angehoben worden.

Die **maritime Wirtschaft** befindet sich nach schwierigen Jahren wieder im Aufwind. In den vergangenen zwei Jahren sind **1.500 neue Industrie-Arbeitsplätze** in der Branche entstanden, insbesondere auf den MV-Werften in Rostock, Wismar und Stralsund. Die Peene-Werft in Wolgast ist gegenwärtig vom Lieferstopp der Bundesregierung nach Saudi-Arabien betroffen. Die Landesregierung unterstützt die Werft und ihre Beschäftigten bei Qualifizierungsmaßnahmen in der Kurzarbeit und setzt sich gegenüber dem Bund für neue Zukunftsperspektiven für die Werft ein.

Das **Handwerk** bildet das wirtschaftliche Rückgrat unseres Landes. Die Landesregierung unterstützt das Handwerk bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs. So wurden die Abschlüsse von Meisterinnen und Meistern mit einem „**Meister-Extra**“ von 2.000 Euro honoriert. Bis zu 50 Absolventen pro Jahr erhielten 5.000 Euro, wenn sie als Beste oder Bester ihres Gewerkes bzw. ihrer Fachrichtung die Meisterprüfung abgelegt haben. Um die Unternehmensnachfolge im Handwerk sicherzustellen, wurde die „**Meister-Prämie**“ in Höhe von 7.500 Euro fortgeführt.

Mit verschiedenen Maßnahmen hat die Landesregierung den Gründergeist gestärkt und **Existenzgründerinnen und Existenzgründer** durch Beratung und Förderung bei den ersten Schritten in die Selbständigkeit **unterstützt**. Dazu gehören Gründerstipendien, die Gewährung von Mikrodarlehen, Bildungschecks oder Ideenwettbewerbe wie „inspired“, mit dem die originellsten Geschäftsideen und wegweisendsten Forschungsergebnisse aus den Universitäten und Hochschulen des Landes ausgezeichnet werden. Erfolgreich fortgeführt wurde das Gründerportal [www.gruender-mv.de](http://www.gruender-mv.de).

Die bisherige Koordinierungsstelle Unternehmensnachfolge wurde zur **Nachfolgezentrale Mecklenburg-Vorpommern** weiterentwickelt. Mit diesem Projekt sollen Handwerk und Mittelstand für die Nachfolgeproblematik sensibilisiert werden. Darüber hinaus liefert die Nachfolgezentrale konkrete Beratung und Unterstützung bei der Übergabe eines Betriebes an einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin.

Weitergeführt wurde die Fachkräfteinitiative der Landesregierung und der Industrie- und Handelskammern „**Durchstarten in MV**“. Die Kampagne gibt Schülerinnen und Schülern einen Überblick über die vielfältigen beruflichen Perspektiven im Land. Anfang 2019 erfolgte ein Relaunch des Kampagnenauftritts. Die Kampagne präsentiert sich seitdem mobiler, interaktiver und frischer im Auftritt und noch stärker an die einzelnen Zielgruppen angepasst.

### **3. Neues Tourismuskonzept entwickelt**

Mecklenburg-Vorpommern ist **als Tourismusland weiter sehr erfolgreich** und das beliebteste Inlandsreiseziel in Deutschland. 2018 hat das Land mit 30,9 Millionen Übernachtungen einen **neuen Rekord bei den Gästeübernachtungen** erzielt. Zuvor konnte bereits das Jahr 2016 mit einem Tourismusrekord und das Jahr 2017 mit einem guten Ergebnis abgeschlossen werden.

Damit sich die Branche weiter positiv entwickelt, hat die Landesregierung gemeinsam mit den Akteuren der Branche eine **neue Tourismuskonzeption** für Mecklenburg-Vorpommern

entwickelt. Sie soll ein Wegweiser für die weitere Entwicklung im Tourismus sein. Ziel ist es, mehr Qualität und Wertschöpfung zu erreichen, schneller und flexibler als bisher auf Herausforderungen zu reagieren und Entwicklungen rechtzeitig aufzunehmen und zu nutzen.

2018 war Mecklenburg-Vorpommern als erstes Bundesland überhaupt **Partnerland der Internationalen Tourismusbranche (ITB) in Berlin**. Unter der Überschrift „Urlaub ist unsere Natur“ präsentierte sich Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich als modernes und naturnahes Urlaubsland.

#### **4. Gesundheitswirtschaft weiter ausgebaut**

Mecklenburg-Vorpommern ist eines der führenden Bundesländer in der Gesundheitswirtschaft. Die **Zahl der Beschäftigten** in dieser Branche ist in den letzten Jahren **weiter angestiegen**. Mittlerweise sind ca. 150.000 Beschäftigte in der Gesundheitswirtschaft tätig.

Die Landesregierung hat die enge Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik im Kuratorium Gesundheitswirtschaft erfolgreich fortgesetzt. Das Land ist weiter **Ausrichter der jährlichen Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft** in Rostock-Warnemünde. Sie führt die Akteure der Branche zusammen und ist zunehmend international ausgerichtet. Die Ausrichtung auf Mensch und Markt und die Digitalisierung waren Schwerpunkte der letzten beiden Jahre.

Das Land hat sich in den letzten Jahren erfolgreich mit dem Landesdienstleiter der Gesundheitswirtschaft, der BioCon Valley GmbH, auf den beiden wichtigsten **Gesundheitsmessen** präsentiert. Sowohl auf der Medica in Düsseldorf wie auch auf der Arab Health war Mecklenburg-Vorpommern mit Firmengemeinschaftsständen vertreten.

#### **5. Wirtschaftskontakte ins Ausland geknüpft**

Um weiter an Wirtschaftskraft zu gewinnen, muss sich Mecklenburg-Vorpommern noch internationaler aufstellen. Die Landesregierung hat auch in den vergangenen zwei Jahren Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern bei ihren **Außenwirtschaftsaktivitäten** unterstützt, zum Beispiel durch Wirtschaftsdelegationsreisen, Informationsveranstaltungen und die Förderung der Teilnahme an Messen im In- und Ausland.

Mecklenburg-Vorpommern pflegt Kontakte in viele europäische Staaten, insbesondere in die Länder des Ostseeraums. Mit dem **Russlandtag 2018** hat die Landesregierung Wirtschaftsvertreter aus Deutschland und Russland zusammengeführt. Mecklenburg-Vorpommern präsentierte sich dabei als einziges deutsches Bundesland mit einem Firmengemeinschaftsstand auf der Messe Neva in St. Petersburg. Gleichzeitig hat das Land die Kontakte nach Russland auch in den Bereichen Wissenschaft und Kultur ausgebaut.

Mit der **Gestaltung des Tages der Deutschen Einheit in der Schweiz** konnte 2017 in Bern erfolgreich für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Mecklenburg-Vorpommern geworben

werden. Als Ergebnis war im September 2018 die erste Start Up-Unternehmerdelegation in Zürich und führte sehr erfolgreiche Gespräche u.a. mit Wagnis-Kapitalgebern.

Mit Firmengemeinschaftsständen auf der Messe Slush in Helsinki und auf der CeBit sowie einer Wirtschaftsdelegationsreise nach Estland hat Mecklenburg-Vorpommern **auf die IT-Branche in Mecklenburg-Vorpommern aufmerksam gemacht** und zugleich neue Impulse mit nach Hause genommen.

## **6. Vergabemindestlohn eingeführt, Wirtschaftsförderung auf gute Arbeit ausgerichtet**

Die Landesregierung setzt sich für **gute Arbeit** und **faire Löhne** ein. Das ist für uns nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir sehen darin in Zeiten eines schärfer werdenden Wettbewerbs um Fachkräfte auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Dort, wo wir unmittelbaren Einfluss haben, leisten wir unseren Beitrag dazu. So hat die Landesregierung im Frühjahr 2018 einen **Vergabemindestlohn** in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Dabei ist vereinbart worden, dass die Höhe des Vergabemindestlohns jährlich an die Lohnentwicklung angepasst wird. Bei seiner Einführung galt zunächst die Regelung, dass bei allen öffentlichen Aufträgen des Landes und der Kommunen mindestens 9,54 Euro pro Stunde gezahlt wird. Inzwischen ist der Vergabemindestlohn auf **9,80 Euro** angehoben worden.

Auch die **Wirtschaftsförderung** haben wir **stärker auf gute Arbeit und faire Löhne ausgerichtet**. Dies geschieht mit einem **Bonussystem**. Wer mindestens tarifgleiche Löhne zahlt, erhält jetzt eine höhere Förderung als Unternehmen, die das nicht tun. Für Tariflohn oder andere Kriterien guter Arbeit, wie zum Beispiel eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, kann es zusätzlichen Bonus geben.

## **7. Qualifizierungsoffensive gestartet, Bürgerarbeit ermöglicht**

Die Landesregierung hat 2017 eine **neue Qualifizierungsrichtlinie** auf den Weg gebracht. Die Qualifizierung der eigenen Mitarbeiter ist eine unverzichtbare Investition, da ein hohes Qualifikationsniveau der Belegschaft langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens sichert. Die in die Richtlinie übernommenen Bildungsschecks werden fortgeführt. Neu aufgenommen in die Richtlinie wurde die Förderung von unternehmensspezifischen Maßnahmen, die passgenaue Weiterbildungsprojekte in den Unternehmen ermöglicht. Darüber hinaus wurde eine Einstellungsrichtlinie für Hochschulabsolventen auf den Weg gebracht.

Um **Langzeitarbeitslosen** Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen, hat die Landesregierung **zwei Programme zur Bürgerarbeit** aufgelegt. Aus dem „Programm zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen“ wurden ab September 2017 200 Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Seit Juli 2018 wurde dieses Programm vom „Programm zur Förderung der Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Personen“ abgelöst. Hierüber können bis zu 500 Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden. Für beide Programme zur Bürgerarbeit stellt die Landesregierung insgesamt bis zu 4,2 Millionen Euro zur Verfügung.

## 8. Eine digitale Agenda für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht

Die Landesregierung hat in der ersten Hälfte der Wahlperiode **die Digitalisierung zu einem neuen Arbeitsschwerpunkt gemacht.**

In einem ersten Schritt hat die Landesregierung im März 2018 eine **Initiative zur Digitalisierung der Wirtschaft gestartet.** Die Initiative sieht vier Schwerpunkte vor: die Förderung von digitalen Existenzgründungen, die Unterstützung bereits etablierter Unternehmen bei der Erschließung digitaler Geschäftsfelder, die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Forschung und Entwicklung.

Kernpunkt der Initiative ist der Aufbau von sechs **digitalen Innovationszentren** vorrangig an den Hochschulstandorten im Land. Sie sollen digitalen Existenzgründern optimale Startbedingungen bieten, etablierte Unternehmen bei der Digitalisierung beraten und zur Vernetzung innerhalb der Wirtschaft beitragen. Das erste dieser Zentren wird noch im ersten Halbjahr 2019 in Stralsund die Arbeit aufnehmen.

Auf ihrer Kabinettsklausur auf Schloss Basthorst im Mai 2018 hat die Landesregierung als zweiten Schritt eine umfassende **Digitale Agenda für Mecklenburg-Vorpommern** beschlossen. **Bis zum Ende der Wahlperiode sollen** mit dieser Agenda **1,5 Milliarden Euro in die Digitalisierung des Landes fließen.**

Ein zentraler Punkt ist der **Ausbau des schnellen Internets** im Land. Die Landesregierung nutzt dafür das Breitbandförderprogramm des Bundes. Alle 98 Projektgebiete, mit denen sich das Land am Programm beteiligt hat, haben inzwischen den Zuschlag vom Bund erhalten. Damit konnten über 830 Millionen Euro Bundesmittel für den Ausbau des schnellen Internets nach Mecklenburg-Vorpommern eingeworben werden. Das Land steuert aus der Haushaltsrücklage rund eine halbe Milliarde Euro als Kofinanzierung des Landes sowie für den kommunalen Eigenanteil bei. Damit stehen in den nächsten Jahren 1,3 Milliarden Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung.

Darüber hinaus sieht die Digitale Agenda eine Vielzahl von Maßnahmen auf den unterschiedlichsten Feldern der Landespolitik vor. Beschlossen wurde der **Aufbau einer Bürgerplattform**, auf der die Bürgerinnen und Bürger künftig Online-Dienstleistungen der Landesverwaltung und auch kommunaler Verwaltungen zentral abrufen können. Ziel ist es, dass immer mehr Verwaltungsangelegenheiten auch bequem von zu Hause im Internet erledigt werden können. Weitere Projekte sind beispielsweise:

- die Entwicklung einer Kinder-Schutz-App, die Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sowie Ärztinnen und Ärzte bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung unterstützt
- der Aufbau eines Kompetenzzentrums „Digitalisierung in der Arbeitswelt“, das Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf die Veränderungen der Arbeitswelt vorbereiten soll
- die Ausweitung des in Vorpommern-Greifswald erfolgreich erprobten Modellprojekts „Telenotarzt“.

Die Digitale Agenda wird Schritt für Schritt umgesetzt. So befinden sich mittlerweile 38 Breitbandausbauprojekte in der Umsetzung, die meisten anderen in der Schlussphase der Ausschreibung. Zur Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen wurde im November 2018 das **Förderprogramm „DigiTrans“** aufgelegt, das kleine und mittlere Betriebe mit bis zu 250 Beschäftigten oder einer Jahresbilanzsumme von bis zu 50 Millionen Euro beim Aufbau neuer digitaler Geschäftsmodelle oder der Umstellung von analogen auf digitale Prozesse unterstützt.

Um die Digitalisierung in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich voranzubringen, hat die Landesregierung einen **Digitalisierungsbeirat** mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gegründet, der Strategien entwickelt und begleitet. Innerhalb der Landesregierung wurde eine **Lenkungsausschuss** Digitalisierung unter Leitung der Staatssekretärin im Energieministerium eingerichtet, um die Digitalisierungsprojekte der Ministerien zu koordinieren und die Digitalisierung auch in der Landesverwaltung voranzubringen.

## **9. Landesprogramm für Mobilfunk beschlossen**

Ebenso wichtig wie schnelles Internet sind verlässliche Mobilfunkverbindungen im ganzen Land. Deshalb hat die Landesregierung einen **Antrag** in den **Bundesrat** eingebracht, der darauf abzielt, dass die Anbieter von Mobilfunkdiensten bei der Vergabe von Lizenzen künftig zu einer **flächendeckenden Versorgung** verpflichtet werden.

Damit die bestehenden Versorgungslücken schnell geschlossen werden, haben sich die Regierungspartner auf ein **Landesprogramm zur Verbesserung der Mobilfunkabdeckung** verständigt. Dafür sollen in den kommenden Jahren 50 Millionen Euro eingesetzt werden.

## **10. Autobahnen und Straßen für den Verkehr freigegeben**

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren weiter in den Bau und die Modernisierung von Autobahnen und Straßen investiert. So konnte 2017 das letzte noch fehlende Teilstück in Mecklenburg-Vorpommern auf der **A 14 bis an die Landesgrenze** zu Brandenburg **freigegeben** werden. Nach ihrer vollständigen Fertigstellung soll die Autobahn Wismar und Schwerin mit dem Raum Leipzig/Halle verbinden.

**Außerdem** wurden auch die **Ortsumgehung Plau, der Bahnübergang Medewege** im Zuge der B 104 sowie **der westliche Brückenteil der sanierungsbedürftigen Petersdorfer Brücke** auf der A 19 für den Verkehr freigegeben. Im Bau befinden sich die Verlängerung der B96n auf Rügen von Samtens bis Bergen und die Ortsumgehung Neubrandenburg.

Um die Realisierung weiterer wichtiger Straßenbauprojekte zu beschleunigen, ist in der Straßenbauverwaltung des Landes eine 24 Köpfe starke **Neubauprojektgruppe** gebildet worden. Ihr Auftrag ist es, die Projekte aus dem neuen Bundesverkehrswegeplan bis 2030 zur Baureife zu führen und baulich umzusetzen. Dabei handelt es sich um Projekte wie den Ausbau der B 96 zwischen Neubrandenburg und der Landesgrenze zu Brandenburg, die

Ortsumgehungen Schwerin, Mönchhagen/Rövershagen und Zirchow sowie den Ersatzneubau der Hochbrücke Wismar.

Eine **besondere Herausforderung** war **das Absacken des Dammes der A 20 bei Tribsees**. Die Autobahn konnte rechtzeitig gesperrt werden, so dass niemand zu Schaden gekommen ist. Nachdem es zunächst nur möglich war, eine Umfahrung einzurichten und diese später über eine Behelfsabfahrt in eine Fahrtrichtung verkürzt wurde, konnte inzwischen eine **Behelfsbrücke** in Betrieb genommen werden. Dadurch wurden die umliegenden Orte erheblich vom Durchgangsverkehr entlastet. Die Planungen für den Neubau einer Brücke über das Trebeltal laufen.

## 11. In die Häfen investiert

Die Häfen in Mecklenburg-Vorpommern haben sich in der ersten Hälfte der Wahlperiode weiter gut entwickelt. 2017 konnte mit einem Güterumschlag von knapp 36 Millionen Tonnen in den 13 Häfen ein **neuer Umschlagrekord** erzielt werden. 2018 wurde mit knapp 35 Millionen ein ähnlich gutes Ergebnis erzielt.

Die Landesregierung hat weiter in die Hafeninfrastruktur investiert. So konnte die **Erweiterung des Seehafens in Wismar** abgeschlossen werden. Mit der Erweiterung stehen in der Hansestadt zusätzliche 47.000 Quadratmeter Fläche für Umschlag und Lagerung zur Verfügung.

Auch der Kreuzfahrttourismus hat sich weiter positiv entwickelt. Der **Kreuzfahrthafen Warnemünde** hat sich als eines der beliebtesten deutschen Reiseziele für internationale Kreuzfahrttouristen und -reedereien etabliert. Immer mehr Schiffe laufen den Hafen an, immer mehr Passagiere erkunden unser Land und brechen von hier aus zu einer Reise auf.

Das Land, die Stadt Rostock, der Seehafen Rostock und die Firma Aida Cruises haben sich **auf die Errichtung eines Landstromanschlusses** in Rostock **verständnisst**, der möglichst bis 2020 errichtet werden soll. Während des Russlandtages 2018 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Rostocker Hafen und einem belgisch-russischen Konsortium zur Errichtung eines **LNG-Terminals** unterzeichnet.

## 12. Die Energiewende weiter vorangebracht

Mecklenburg-Vorpommern ist weiter einer der **Vorreiter bei der Energiewende**. Unser Land gehört zu den wenigen Bundesländern, die ihren Strombedarf bereits heute vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Darüber hinaus sichern und schaffen Windkraft und andere erneuerbare Energieträger Arbeitsplätze in der Industrie, in Planungsbüros und im Handwerk.

Vor der Küste Rügens konnte der **Offshore-Windpark Wikinger in Betrieb** genommen werden. Auch an Land ist der Ausbau der erneuerbaren Energien fortgesetzt worden. Mecklenburg-Vorpommern leistet damit auch einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende in ganz Deutschland.



Auf Bundesebene setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die Kosten der Energiewende gerechter verteilt werden. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Länder, die bei der Energiewende vorbildlich vorangehen, daraus einen Nachteil haben. Gemeinsam mit anderen Ländern haben wir auf Bundesebene erreicht, dass die Kosten für die bundesweiten Stromnetze, die so genannten Übertragungsnetze, seit dem 1. Januar 2019 schrittweise auf alle Bundesländer verteilt werden. Das ist ein wichtiger Beitrag zu **mehr Gerechtigkeit** bei der Energiewende.

Um die Akzeptanz der Bevölkerung für die Windenergie an Land zu steigern, wurde mittels der Landesbauordnung zum 1. Januar 2018 eine **bedarfsgerechte Nachtbefeuerung** von allen danach genehmigten Windenergieanlagen verpflichtend eingeführt. Über eine an der Windenergieanlage angebrachte Steuerung werden die Warnlichter damit nur noch dann aktiviert, wenn sich ein Flugobjekt nähert.

Da Deutschland aus der Atomenergie aussteigt und auf mittlere Sicht auch die Energiegewinnung aus Kohle beenden will, wird unser Land ergänzend zum Ausbau der erneuerbaren Energien verstärkt auf den Import von Gas angewiesen sein. Die Landesregierung befürwortet den Bau von zwei weiteren Strängen der **Ostseepipeline**, die in Lubmin anlanden. Das Land profitiert insbesondere vom Bau der Pipeline. Die **Rohrummantelung** konnte wie schon beim Bau der ersten Pipeline in **Sassnitz-Mukran angesiedelt** werden.

### **13. Bezahlbare Wohnungen gefördert**

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu vielen Ballungsregionen nach wie vor entspannt. In den Universitätsstädten, aber beispielsweise auch in den Tourismusregionen des Landes, wächst jedoch der **Bedarf an bezahlbaren, modernen Wohnungen**.

Die Landesregierung hat **auf die veränderte Lage auf dem Wohnungsmarkt reagiert**. In **Rostock und Greifswald** wurde auf Antrag der Städte eine **Mietpreisbremse** eingeführt. Fünf Jahre lang dürfen bei neu abzuschließenden Mietverträgen die Mieten nur bis zu zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. In Rostock gilt darüber hinaus eine Kappungsgrenze: Mieten dürfen innerhalb von drei Jahren um höchstens 15 Prozent erhöht werden.

Mit dem neuen Programm „**Wohnungsbau Sozial**“ wurde seit 2017 der Bau von 415 Mietwohnungen in Rostock, Greifswald, Bad Doberan, Waren und Neubrandenburg mit 18,7 Millionen Euro unterstützt. Diese Förderung ist mit der Auflage verbunden, dass die Mietpreise für die Dauer von 20 Jahren nach Fertigstellung begrenzt sind und die Wohnungen nur Personen mit Wohnberechtigungsschein überlassen werden. Anfang 2019 hat die Landesregierung dieses **Programm aktualisiert**: Nun können **auch Wohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen** gefördert werden. Außerdem ist der **Kreis der antragsberechtigten Gemeinden deutlich ausgeweitet** worden. Für dieses Programm stehen 2019 rund 21 Millionen Euro bereit.

Zudem wurden seit 2017 rund zehn Millionen Euro für das **Landesprogramm „Personenaufzüge und Lifte, barrierearmes Wohnen“** zur Verfügung gestellt. 6,8 Millionen Euro davon flossen in die Nachrüstung von Personenaufzügen, ca. 1.600 Mietwohnungen wurden dadurch über Fahrstühle zugänglich gemacht. Weitere 3,3 Millionen Euro wurden für die barrierearme/barrierefreie Anpassung von 1.045 Wohnungen im selbst genutzten Wohneigentum bereitgestellt. Seit Mitte 2018 wird diese auch in Mietwohnungen gefördert. Mieter von 250 Mietwohnungen haben bereits davon profitiert. Die **Wohnraummodernisierung und -instandsetzung** förderte das Land seit 2017 mit bislang rund sieben Millionen Euro für ca. 1.900 Wohnungen.

#### **14. Ein besonderes Augenmerk auf den Landesteil Vorpommern gerichtet**

Die Landesregierung richtet in dieser Wahlperiode ein besonderes Augenmerk auf den **Landesteil Vorpommern**. Zu Beginn der Wahlperiode wurde erstmals ein **Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern** berufen, der seinen Dienstsitz in Anklam genommen hat. Außerdem wurde eine regierungsinterne **Lenkungsgruppe Vorpommern** eingerichtet, der alle Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Landesregierung angehören. Ziel ist es, die Aktivitäten der Landesregierung im Landesteil Vorpommern noch besser aufeinander abzustimmen und gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen.

Um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu unterstützen und den gesellschaftliche Zusammenhalt und die regionale Identität im Landesteil Vorpommern zu stärken, ist der **Vorpommern-Fonds** eingerichtet worden. Bisher konnten 384 Projekte mit Zuschüssen in Höhe von 4,3 Mio. Euro aus dem Vorpommern-Fonds gefördert werden.

Darüber hinaus konnten wichtige Projekte für den Landesteil Vorpommern auf den Weg gebracht werden. So wurde in **Anklam** der Weg für einen „Dreiklang“ aus Schwimmhalle, Schulcampus und Ikareum freigemacht.

Wie Mecklenburg-Vorpommern insgesamt, hat sich der Landesteil Vorpommern in den letzten 2 ½ Jahren wirtschaftlich gut entwickelt. Um die Werbung für den Standort Vorpommern zu verstärken und Ansiedlungen vor Ort zu begleiten, hat die Wirtschaftsfördergesellschaft **Invest in MV ein zweites Büro in Greifswald** eröffnet. Ein wichtigstes Projekt ist die Vermarktung der Großgewerbstandorte Pommerndreieck und Pasewalk.

Bei der Entwicklung des Landesteils bezieht die Landesregierung die Akteure vor Ort mit ein. Zu diesem Zweck ist ein **Vorpommern-Rat** berufen worden, dem 10 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kommunalpolitik angehören. Er berät die Landesregierung bei Fragen von grundlegender Bedeutung für den Landesteil Vorpommern und votiert über die Vergabe der Mittel aus dem Vorpommern-Fonds.

#### **15. Die beitragsfreie Kita auf den Weg gebracht**

Die Landesregierung hat die **Weichen für die beitragsfreie Kita gestellt**. In mehreren Stufen entlasten wir die Eltern vollständig von den Beiträgen. Damit geht die Landesregierung weit über alle Zusagen vor oder nach der letzten Landtagswahl hinaus.

In einem Schritt haben wir zu Beginn des Jahres **2018** die Elternbeiträge für die Krippe und den Kindergarten mit Ausnahme des bereits beitragsgesenkten Vorschuljahres über einen direkten Zuschuss des Landes um bis zu **50 Euro pro Monat** reduziert. Dieser Landeszuschuss gilt auch für Eltern, deren Kinder bei einer Tagespflegeperson betreut werden.

Mit der **Geschwisterkindregelung** hat die Landesregierung zu Jahresbeginn **2019** für mehr als 20.000 Kinder die Elternbeiträge abgeschafft. Eltern in Mecklenburg-Vorpommern zahlen seit dem Jahresbeginn **nur noch für maximal ein Kind einen Beitrag** für Krippe, Kindergarten, Hort oder Tagespflege. Für ihre jüngeren Geschwister ist der Besuch kostenfrei. Darüber hinaus werden auch die Elternbeiträge für das erste Kind ab dem 1.1.2019 zusätzlich gefördert. Durch einen direkten Zuschuss des Landes in Höhe von bis zu 20 Euro pro Monat in der Kita werden Preiserhöhungen der Träger abgedeckt.

**Ab 1. Januar 2020 wird der Besuch von Krippe, Kindergarten, Hort und Tagespflege dann für alle 110.000 Kita-Kinder beitragsfrei.** Wir gehen mit der beitragsfreien Kita den entscheidenden Schritt in ein gebührenfreies Bildungssystem und ermöglichen damit den gleichen Zugang und die gleichberechtigte Teilhabe für alle Kinder in unserem Land. Das bedeutet: **gute Bildung von Anfang an - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.**

## **16. Ausbildung für den Erzieherberuf modernisiert**

Im Ausbildungsjahr 2017/2018 ist in Mecklenburg-Vorpommern die neue dreijährige praxisorientierte **Ausbildung zur bzw. zum „Staatlich anerkannten Erzieher/in 0 - 10“** an den Start gegangen. Sie dauert drei Jahre und erfolgt in einer Kindertageseinrichtung und in der Berufsschule. Auszubildende erhalten eine Vergütung. Die Landesregierung hat damit auf den steigenden Fachkräftebedarf in Krippen, Kitas und Horten reagiert.

Auch in der Kindertagespflege setzen wir auf gute Fachkräfte. So hat die Landesregierung in den Jahren 2018 und 2019 allen interessierten Tagespflegepersonen in Mecklenburg-Vorpommern die **kostenlose Teilnahme an der „Tätigkeitsbegleitenden Grundqualifizierung“** nach dem Qualifizierungshandbuch ermöglicht. Das ist bundesweit einmalig. Zudem haben sich alle Landkreise und kreisfreien Städte mit einer Anschubfinanzierung des Landes auf den Weg gemacht, flächendeckend Vertretungsmodelle für Kindertagespflegepersonen auszuprobieren und dann umzusetzen.

## **17. Für gute Schulen gesorgt**

Die Landesregierung hat zu Beginn der Wahlperiode das **50-Millionen-Paket für die Schulen fortgeführt.** Ziel ist es, den Lehrerberuf attraktiv zu gestalten, Unterrichtsausfall zu vermeiden und die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

Darüber hinaus hat die Landesregierung mit einer Vielzahl von Maßnahmen die Qualität des Unterrichts weiter gestärkt. Seit dem Schuljahr 2017/2018 erhalten Grundschülerinnen und Grundschüler in der Schuleingangsphase **mehr Deutschunterricht.** Die Landesregierung ist

damit dem Wunsch vieler Lehrkräfte gefolgt, durch eine zusätzliche Deutschstunde in den Jahrgangstufen 1 und 2 die Rechtschreibkompetenzen der Schülerinnen und Schülern weiter zu verbessern.

Im Bereich der gymnasialen **Oberstufe** hat die Landesregierung die **Einführung von Grund- und Leistungskursen** zum Schuljahr 2019/20 beschossen. Die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe sorgt für mehr Vergleichbarkeit des Abiturs in Deutschland und erleichtert damit zugleich den Wechsel von einem Bundesland ins andere.

Die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern sollen zum Schuljahr 2019/2020 einen zeitgemäßen rechtlichen Handlungsrahmen erhalten. Dafür hat die Landesregierung einen entsprechenden **Änderungsentwurf des Schulgesetzes in den Landtag eingebracht**. Die umfangreichen Änderungen reichen von Anpassungen an die neue Datenschutzgrundverordnung und der freien Auswahl bei Schulbüchern und Unterrichtsmedien über eine gestärkte Mitwirkung von Schüler- und Elterngruppen bis hin zur Umsetzung der Inklusion.

Für die Umsetzung der **Inklusion** stellt das Land zusätzlich mindestens 237 Stellen zur Verfügung. Die Vereinbarungen aus dem in der vergangenen Wahlperiode geschlossenen Inklusionsfrieden werden weiter umgesetzt.

## **18. Digitalisierung und Medienbildung an Schulen vorangebracht**

Die **Digitalisierung** prägt unser Leben immer stärker. In wenigen Jahren wird kein Studiengang und keine Berufsausbildung mehr ohne digitale Kenntnisse auskommen. Darauf müssen wir unsere Kinder heute vorbereiten.

Die Landesregierung hat deshalb beschlossen, das **Unterrichtsfach „Informatik & Medienbildung“**, das an 21 Schulen erfolgreich erprobt worden ist, **ab dem Schuljahr 2019/2020 an allen weiterführenden Schulen** im Land einzuführen. Außerdem hat die Landesregierung zu Beginn des Schuljahres 2018/2019 den fächerübergreifenden Rahmenplan „Digitale Kompetenzen“ in Kraft gesetzt. Das Unterrichtshilfenportal für Lehrerinnen und Lehrer wurde ausgebaut und enthält heute 16.000 interaktive Materialien, insbesondere für die Kernfächer Deutsch, Mathematik und Englisch. Ein neu aufgebautes Netz von Lehrkräften, die als Multiplikatoren für Digitalisierung wirken, unterstützt die Lehrerkollegien bei allen Fragen rund um die „digitale Schule“.

Auf Bundesebene hat die Landesregierung im **Vermittlungsausschuss** von Bundestag und Bundesrat maßgeblich an der Einigung zum **Digitalpakt Schule** und den damit verbundenen Grundgesetzänderungen mitgewirkt. Mit diesem Pakt verpflichten sich Bund und Länder, in eine **bessere digitale Ausstattung und Anbindung der Schulen** und in mehr **digitale Bildung** zu investieren. Mecklenburg-Vorpommern wird mit rund **100 Millionen Euro** vom Digitalpakt profitieren. Im Land ist mit der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer bereits begonnen worden.

## 19. Schulbauprogramm: 325 Millionen für moderne Schulen bereitgestellt

Zu guter Schule gehören auch moderne, gut ausgestattete und einladende Schulgebäude. Deshalb hat die Landesregierung ein **Sonderprogramm für den Schulbau** aufgelegt. In dieser Wahlperiode sollen **325 Millionen Euro** in den Neubau und in die Sanierung von Schulen investiert werden.

Das Programm setzt sich aus Bundesmitteln und Landesmitteln aus dem Strategiefonds zusammen. Gefördert werden **129 Schulbauprojekte** im ganzen Land. Alle Kreise und kreisfreien Städte sind vertreten. Zusammen mit den Eigenanteilen der Schulträger fließt so mehr als eine halbe Milliarde Euro in Schulen, damit Schülerinnen und Schüler in modernen Gebäuden lernen können.

## 20. Hochschulen und exzellente Forschungsprojekte gefördert

Mecklenburg-Vorpommern verfügt mit den Universitäten in Rostock und Greifswald, den Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Wismar, Neubrandenburg und Stralsund, der Hochschule für Musik und Theater in Rostock und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow über eine starke Hochschullandschaft. Hinzu kommen zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Die Landesregierung hat diese Wissenschaftseinrichtungen in ihrer Entwicklung weiter unterstützt.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der **Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses**. Um jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine Perspektive zu geben und sie im Land zu halten, hat die Landesregierung ein Landes-Exzellenzforschungsprogramm gestartet. Nach einem ersten Aufruf erhalten fünf Forschungsverbände eine Unterstützung in Höhe von insgesamt 25 Millionen Euro aus EU-Mitteln. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Energieforschung. Der zweite Aufruf widmete sich der Gesundheitsforschung. Im Ergebnis fördert die Landesregierung fünf Forschungsverbände in Höhe von insgesamt 10 Millionen Euro. Der inzwischen gestartete dritte Aufruf richtet sich an Forschungsverbände, die sich der Digitalisierung widmen. Hierfür stehen ebenfalls Mittel in Höhe von insgesamt 10 Millionen Euro bereit.

Zur **Zukunft der Universitätsmedizin** hat die Landesregierung eine unabhängige Kommission eingesetzt. 2 Expertinnen und 4 Experten sollen Empfehlungen erarbeiten, wie die Universitätsklinik in Greifswald und Rostock vor dem Hintergrund der zunehmenden Ökonomisierung im Gesundheitswesen ihre Aufgaben auch in Zukunft zuverlässig erfüllen können. Im März 2020 soll ein Abschlussbericht vorliegen.

Mit **zwei neuen Professuren** werden die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern noch attraktiver. So hat der bekannte deutsche Filmregisseur Andreas Dresen die neu eingerichtete, nebenberuflich-künstlerische Professur für Filmschauspiel am Institut für Schauspiel der Hochschule für Musik und Theater übernommen. Außerdem haben die Landesregierung und die Universität Greifswald mit Hilfe von Zustiftungen eine Professur für Moorforschung auf den Weg gebracht.

Auch in den **Hochschulbau** wurde investiert. So sind beispielsweise in Greifswald mit der ehemaligen Chirurgie, einem neuen Hörsaal und einer neuen Mensa sowie mit dem Neubau des Instituts für Mikrobiologie die Bedingungen für Forschung und Lehre weiter verbessert worden.

## **21. Mit Theaterpakt jahrelange Debatte beendet**

Die Landesregierung, die kommunalen Träger der Mehrspartentheater und Orchester sowie die Intendanten haben einen **Theaterpakt für die Jahre 2018 bis 2028** geschlossen, der die Zukunft der Theater und Orchester langfristig sichern soll. Damit ist die jahrelange Debatte mit einem Kompromiss beendet worden.

Der Theaterpakt sieht den **Erhalt aller Standorte** vor. Der **Gesamtzuschuss** an die Mehrspartentheater soll ab dem Jahr 2019 **um jeweils jährlich 2,5 Prozent** erhöht werden. Die Mehrkosten tragen das Land zu 55 Prozent und die kommunalen Träger zu 45 Prozent. Das Land hat sich außerdem bereiterklärt, Tarifsteigerungen unter bestimmten Bedingungen schrittweise bis zum Flächentarifvertrag anteilig zu finanzieren (Land: 55 Prozent, Träger: 45 Prozent). Das Rostocker Theater behält seine Eigenständigkeit. Auch die Theater und Orchester in den östlichen Landesteilen bleiben eigenständig, wollen aber enger zusammenarbeiten. Das Land hat angeboten, das Mecklenburgische Staatstheater komplett in Landeshoheit zu übernehmen.

## **22. Kulturförderung vereinfacht**

Die Landesregierung hat Kulturschaffende, Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden, aus dem Kulturtourismus und der kulturellen Bildung dazu aufgerufen, sich an der Entwicklung von **kulturpolitischen Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern** zu beteiligen. Gemeinsam mit dem Landeskulturrat und den Beteiligten will sich die Landesregierung über kulturpolitische Schwerpunkte austauschen. Im Mittelpunkt soll insbesondere die Weiterentwicklung der freien Kulturszene stehen. Die 10 bis 20 Leitlinien sollen voraussichtlich Ende des Jahres 2019 vorliegen.

Kulturschaffende, Träger und Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern können die Kulturfördermittel des Landes seit 2018 unter vereinfachten Bedingungen erhalten. Die Landesregierung hat die **Kulturförderrichtlinie geändert**. Die größten Vereinfachungen gibt es bei Kulturprojekten mit einer Landesförderung bis zu 30.000 Euro. Sie erfolgt als Festbetragsfinanzierung. Für **öffentliche Bibliotheken** gibt es Sonderregeln zur Medienbeschaffung. Außerdem hat die Landesregierung zum Jahr 2017 erstmals verschiedene Kulturinvestitionsprogramme mit einer Fördersumme von insgesamt 800.000 Euro aufgelegt, um besondere Schwerpunkte zu setzen.

## **23. Politische Bildung gestärkt**

Im Auftrag des Landtages hat die Landeszentrale für politische Bildung das **Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“** aus dem Jahr 2006 grundlegend

überarbeitet und den aktuellen Herausforderungen bzw. Gefährdungen unserer Demokratie angepasst.

Mit Hilfe von Mitteln aus dem „Mauerfonds“ konnte 2018 das **Grenzhuis Schlagsdorf** als Informationszentrum zur ehemaligen innerdeutschen Grenze vollständig neu gestaltet werden. Die neue, moderne Dauerausstellung ist nunmehr auch barrierefrei zugänglich. Das **Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen in Schwerin** wurde in einjähriger Bauzeit denkmalgerecht saniert und verfügt nun über geeignete Räumlichkeiten für die pädagogische Arbeit. Die Landeszentrale für politische Bildung hat in Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ein **Konzept für einen Gedenkort zum Erinnern an die Friedliche Revolution 1989 erarbeitet**, das von der Landesregierung an den Landtag zur weiteren Beratung übersandt wurde. Als Standort wurde Waren vorgeschlagen.

In **Prora** auf Rügen sind nach mehrjährigen intensiven Bemühungen durch die Förderzusagen von Bund und Land nunmehr alle Voraussetzungen geschaffen, um dauerhaft eine Bildungs- und Begegnungsstätte zur Geschichte des Ortes im 20. Jahrhundert zu errichten. Bund und Land haben außerdem ihre Bereitschaft erklärt, eine Modernisierung der Ausstellung im Historisch-Technischen Museum **Peenemünde** zu finanzieren.

## 24. Sportpakt geschlossen

Bewegung und Sport fördern die Gesundheit und machen Spaß. Die Landesregierung hat mit dem Landessportbund einen **Sportpakt** geschlossen und die **finanzielle Unterstützung für den Sport verstärkt**. In den Jahren 2018 bis 2021 stellt sie insgesamt bis zu 4 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Damit stehen in diesem Zeitraum erstmals über 10 Millionen Euro für den Sport bereit.

Mit dem Landessportbund wurde vereinbart, dass die Hälfte der zusätzlichen Mittel, also 500.000 Euro, für den **Erwerb von Großsportgeräten** eingesetzt werden. Weitere 250.000 Euro pro Jahr sind zur Stärkung des Ehrenamts im Sport, der Förderung der Integration, der Förderung des Kinder- und Jugendsports sowie der Förderung des Behinderten- und Gehörlosensports eingeplant. Außerdem unterstützt die Landesregierung den **Nachwuchsleistungssport** über den Sportbund jährlich mit bis zu 250.000 Euro.

Mit Blick auf den **Spitzensport** hat sich die Landesregierung beim Bund erfolgreich für eine Weiterführung der Finanzierung der Bundesstützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 2019 und 2020 eingesetzt, damit die Kader dort weiter trainieren können.

Damit das Training erfolgreich ist, brauchen wir modern ausgestattete Anlagen. Die Landesregierung hat die Kommunen und Sportvereine beim **Bau und bei der Instandsetzung von Sportstätten** unterstützt. Seit Beginn der Wahlperiode wurden landesweit insgesamt 80 Sportanlagen mit einem Bauvolumen von 31 Millionen Euro neu gebaut oder modernisiert. Die Landesregierung hat diese Vorhaben mit 12 Millionen Euro Landes- und EU-Mitteln gefördert.

## 25. Konzept für Ehrenamtskarte entwickelt

Im Bereich des freiwilligen Engagements ist Mecklenburg-Vorpommern führend unter den neuen Bundesländern. Rund **43 Prozent der Menschen** in unserem Land engagieren sich **bürgerschaftlich**.

Dieser für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wichtige Einsatz soll mit einer landesweiten Anerkennung in Form einer **Ehrenamtskarte** künftig noch stärker gewürdigt werden. Dafür hat die Landesregierung ein **Konzept erarbeitet**, das nun im Landtag beraten wird. Die Ehrenamtskarte soll für öffentliche Einrichtungen landesweit gültig sein. Zudem sollen möglichst viele weitere Sponsoren und Akzeptanzstellen gewonnen werden.

Die wertvolle Arbeit der **Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern** haben wir weiter **unterstützt**. Sie ist Ansprechpartnerin für Ehrenamtliche im ganzen Land, bietet Fortbildungsveranstaltungen und Beratungen an, tritt für die Anerkennung des Ehrenamtes ein und fördert konkrete Projekte. Seit ihrer Gründung sind mehr als 2.000 Ehrenamtsprojekte durch die Stiftung unterstützt worden.

In Zusammenarbeit mit der Stiftung hat die Landesregierung eine **Dialogtour für ein gutes Vereinsleben** durchgeführt. Dabei konnten über 1.500 Ehrenamtliche nicht nur über steuerliche Fragen rund ums Vereinsrecht informiert werden. Sie konnten auch ihre Fragen und Probleme direkt mit den Verantwortlichen aus den Finanzämtern klären. Als Ergebnis der Tour wurde ein Leitfaden erarbeitet und allen Vereinen des Landes zugestellt. In ihm sind alle Fragen von allgemeinem Interesse gebündelt und verständlich beantwortet. Zudem finden in den Finanzämtern nun dauerhaft Informationstage und spezielle Sprechzeiten für Vereine statt.

Ein wichtiger Beitrag zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements sind die alljährlich stattfindenden **Ehrenamtmessen**. In den Jahren 2017 bis 2019 gab es wieder eine landesweite Serie von Messen, auf denen sich u. a. Projekte aus den Bereichen Soziales, Gesundheit, Natur, Kultur, lebenslanges Lernen, Rettungswesen und Sport vorgestellt und zum Mitmachen eingeladen haben.

## 26. Familien und Kinder unterstützt

Das 2016 in Kraft getretene **Landesprogramm Kinderschutz** ist von uns in den letzten 2 ½ Jahren **umgesetzt** worden. Mit dem „Bündnis Kinderschutz M-V“ haben wir viele Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der Elternkompetenz und Familienhilfen entwickelt und investieren vor allem in Prävention und Beratung. Dazu bieten wir seit 2018 die erste App der Landesregierung an: Unsere Kinderschutz-App kann als Orientierungshilfe im Verfahren von Kindeswohlgefährdung u. a. von Fachkräften der Jugendhilfe, von Ärztinnen und Ärzten und Lehrkräften genutzt werden.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Stärkung der Kooperation der Akteure und die öffentliche Wahrnehmung für den Kinderschutz vor Ort. Unsere **Aktionswoche Kinderschutz**, die 2018 mit einer Rekordanzahl von Veranstaltungen im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zum 3. Mal durchgeführt wurde, ist bundesweit einmalig.



Mit „**Familiencoaches**“ unterstützen wir arbeitslose Eltern durch individuelle Beratung dabei, einen Weg zurück auf den Arbeitsmarkt zu finden. Von 2016 bis Ende 2018 wurden 47 Familiencoachprojekte mit einem Fördervolumen von rund 6,81 Millionen Euro bewilligt. Im Rahmen der neuen Familiencoachrichtlinie vom April 2018 wird ein noch stärkerer Fokus auf das Zusammenwirken von Netzwerkakteuren in den Feldern der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie auf die Bündelung von Leistungen und Angeboten in diesen Bereichen gelegt.

## **27. Für Frauen und Gleichstellung eingetreten**

Die Landesregierung tritt konsequent für die **Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft** ein. Ein wichtiges Ziel ist, dass Frauen einen gleichberechtigten Anteil an Führungspositionen haben. Über verschiedene Mentoringprogramme haben seit 2016 480 Frauen in Mecklenburg-Vorpommern in Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst wertvolle Erfahrungen für ihre weitere berufliche und persönliche Entwicklung gesammelt.

Die Landesregierung will dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb arbeiten wir mit verschiedenen Maßnahmen daran, den **Anteil von Frauen in Führungspositionen im Öffentlichen Dienst** kontinuierlich zu **erhöhen**. Dazu gehören Zielvereinbarungen mit allen Ministerien, Fortbildungs- und Vernetzungsveranstaltungen und ein Mentoringprogramm.

Das Thema Frauen und Gleichstellung ist an 365 Tagen im Jahr ein wichtiges Anliegen. Der Internationale Frauentag am 8. März ist jedoch eine besondere Gelegenheit, um auf dieses Anliegen aufmerksam zu machen. Deshalb hat die Landesregierung 2018 erstmals einen **Frauentagsempfang** durchgeführt. 2019 wurde auf diesem Empfang erstmals in Mecklenburg-Vorpommern eine „**Frau des Jahres**“ ausgezeichnet. Mit dieser Ehrung würdigt die Landesregierung Persönlichkeiten, die aufgrund ihrer Leistungen und ihres Engagements Vorbild sind, Verantwortung übernehmen, sich für die Familie und ihre Mitmenschen einsetzen oder durch eine einmalige, besondere Aktion oder Leistung aufgefallen sind.

Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 haben wir **die personelle Ausstattung der Frauenhäuser** durch eine Erhöhung des Landeszuschusses um 20 Prozent **deutlich verbessert**. Die zusätzlichen Mittel dienen der Erhöhung der Stellenanteile in den Frauenhäusern Schwerin, Neubrandenburg, Ludwigslust, Ribnitz-Damgarten, Stralsund und Wismar auf drei Vollzeitstellen. Mit der Erhöhung der Stellenanteile wird der Betrieb der Frauenhäuser an 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr gewährleistet. Darüber hinaus werden auch die freien Träger von Einrichtungen des Beratungs- und Hilfenetzes bei häuslicher und sexualisierter Gewalt mit zusätzlichen Mitteln unterstützt.

## **28. Integration gefördert**

Nach dem starken Anstieg der Zahl geflüchteter Menschen in den Jahren 2015 und 2016 ist nun die **Integration** vordringliche Aufgabe. Sie stellt besondere Anforderungen an die Aufnahmegesellschaft und an die Zugewanderten selbst und benötigt gute

Rahmenbedingungen. Die Landesregierung erarbeitet derzeit mit vielen weiteren Akteuren eine neue **Konzeption** zur Förderung der Integration von Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten. In sechs Arbeitsgruppen (Kita und Tagespflege, Schule, Übergang Schule-Beruf, Berufliche Integration, Gesundheit und Gesellschaftliche Integration) wurde ein erster Entwurf vorgelegt, der sich im regierungsinternen Beratungs- und Abstimmungsverfahren befindet und danach dem Landtag zugleitet werden soll.

Über den **Integrationsfonds** in Höhe von jährlich 1 Mio. Euro fördert das Land in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen Vorhaben und Projekte, die in besonderer Weise geeignet sind, die gesellschaftliche Integration und das Zusammenleben im Land voranzubringen. Mit den Mitteln konnten und können Projekte zu 90% gefördert werden. 2017 wurden 49, 2018 67 Projekte bewilligt. Auch im Jahr 2019 wurde der Fonds wieder mit 1 Million Euro ausgestattet.

## **29. Kostenlose Pflegeausbildung eingeführt**

Gerade in der Pflege werden zukünftig Fachkräfte gebraucht. Um die Ausbildung attraktiver zu gestalten, werden in Mecklenburg-Vorpommern ab dem Schuljahr 2019/2020 **die Auszubildenden in der Pflege in allen Jahrgängen vom Schulgeld befreit**. Die Schulgeldfreiheit gilt für den neuen Auszubildendenjahrgang und auch für Auszubildende, die die Ausbildung in 2017 und 2018 bereits begonnen haben. Bundesweit soll die kostenlose Ausbildung ab dem Jahr 2020 gelten.

Wir setzen als Landesregierung auf die weitere Stärkung der häuslichen, ambulanten und teilstationären Pflege und haben ein ganzes **Maßnahmenpaket zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung** geschnürt, das von der Förderung im investiven Bereich über die Beratung sowie Unterstützung der Pflegebedürftigen und Entlastung der pflegenden Angehörigen bis hin zu Aktivitäten zur Fachkräftesicherung reicht. Mit dem **2018 novellierten Landespflegegesetz** wurden vor allem die Rolle der Kommunen in der Pflege und der wichtige Bereich der Kurzzeitpflege gestärkt.

Ein Schwerpunkt im Bereich Pflege lag im Ausbau der Beratung und in der Unterstützung von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen. So haben wir gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten und den Pflegekassen die **Anzahl der Pflegestützpunkte** um drei weitere feste Standorte **auf 17 erhöht**. In den Pflegestützpunkten bekommen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen kostenlos unabhängige fachliche Hilfe und Information.

## **30. Neue Wege in der Gesundheitsversorgung eingeschlagen**

Die Landesregierung setzt sich für eine gute medizinische Versorgung im ganzen Land ein. Dabei gehen wir auch innovative Wege. So wurde 2017 das mehrjährige **Modellprojekt „Regionale Versorgung“** gestartet. Das Projekt wird gemeinsam mit dem Institut für Community Medicine der Universitätsmedizin Greifswald durchgeführt. Ziel ist es, Lösungen für konkrete Versorgungsprobleme in ländlichen Regionen zu entwickeln und sie in

Modellregionen zu erproben. Das Projekt befasst sich schwerpunktmäßig mit den Themen Pädiatrie, Geriatrie und Palliativversorgung.

Zusammen mit dem Kreiskrankenhaus **Wolgast** und der Universitätsmedizin Greifswald haben wir das Projekt **Portalpraxisklinik** auf den Weg gebracht. Es sollen die Vorteile einer stationären Anbindung mit denen einer ambulanten Versorgung verbunden werden. Seit Juni 2017 wird hier modellhaft die Praxistauglichkeit einer telemedizinisch unterstützten, intersektoralen pädiatrischen Notfallversorgung erprobt und damit die kindermedizinische Versorgung in der Region unterstützt.

Im Rahmen des Projektes „Land-Rettung“ wurde mit Unterstützung des Landes im Landkreis Vorpommern-Greifswald im Rettungsdienst der **Telenotarzt** eingeführt. Dazu wurden ein Arbeitsplatz für den Telenotarzt bzw. die Telenotärztin eingerichtet, eine Flotte von sechs Rettungstransportwagen mit der erforderlichen Technik ausgestattet und das Personal geschult.

Um angehende Medizinerinnen und Mediziner für Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen, hat die Landesregierung ein **Stipendienprogramm für Medizinstudierende** entwickelt. Wer die finanziellen Hilfen erhält, verpflichtet sich, nach dem Studium und der entsprechenden Facharztweiterbildung für eine Dauer von mindestens fünf Jahren in ländlichen Regionen oder im öffentlichen Gesundheitsdienst Mecklenburg-Vorpommerns ärztlich tätig zu werden. Das Stipendium beträgt 300 Euro monatlich und kann bis zum Ende des Medizinstudiums, jedoch längstens für vier Jahre und drei Monate ausgezahlt werden.

Neu gestartet wurde auch die **Impfkampagne** „MV impft – gemeinsam Verantwortung übernehmen“ ([www.mv-impft.de](http://www.mv-impft.de)). Ziel der Impfkampagne ist es, das Thema Impfen wieder stärker in den Blickpunkt der Bevölkerung zu rücken. Im Rahmen der Kampagne werden Informationen zielgruppenspezifisch für Eltern, Kinder, junge Erwachsene, Familien sowie Senioren angeboten.

### **31. Krankenhäuser modernisiert**

In den Jahren 2017 und 2018 wurden mehr als **110 Millionen Euro für die Modernisierung der Krankenhäuser und ihre Ausstattung** bewilligt. So wurde in Schwerin in den Erweiterungsneubau der Klinik für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie an den Helios Kliniken investiert. In Karlsburg wurde die Dialyseabteilung umgebaut und in eine Endoskopieabteilung mit zusammenhängenden Räumen investiert. In Wolgast wurde eine psychiatrische Tagesklinik neu gebaut.

Weiterhin wurden die bauliche Restrukturierung am Kreiskrankenhaus Demmin und der Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie am MediClin Müritzklinikum in Röbel gefördert. Am MediClin Krankenhaus Plau am See wurde z.B. die Beschaffung eines OP-Navigationssystems sowie eines zur intraoperativen Nutzung geeigneten Computertomographen gefördert. In der KMG Klinik in Boizenburg sollen die Zentrale Sterilgutversorgungsabteilung (ZSVA) und der Operationsbereich umgebaut werden.

### 32. Pakt für Sicherheit vereinbart

Die positive Entwicklung der Polizeilichen Kriminalstatistik hat sich in der ersten Hälfte der Wahlperiode fortgesetzt. Die **Zahl der Straftaten ist weiter zurückgegangen**. Insbesondere bei Diebstahldelikten ist ein Rückgang zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote ist mit 62% (2017) nach wie vor hoch.

Um die Sicherheit im Land und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, haben sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf einen **Pakt für Sicherheit** verständigt, der seit dem 1. Januar 2019 umgesetzt wird. Jährlich stehen **15 Millionen Euro zusätzlich für die Sicherheit im Land** zur Verfügung.

Bereits zu Beginn der Wahlperiode hat die Landesregierung 150 zusätzliche Stellen bei der Landespolizei geschaffen. Mit dem Pakt für Sicherheit kommen jetzt weitere 150 Stellen hinzu. **Insgesamt steigt die Stellenzahl bei der Landespolizei damit bis 2021 auf 6.200 an**. Wir bilden in dieser Wahlperiode deutlich mehr Polizistinnen und Polizisten aus als altersbedingt ausscheiden.

Der Landesregierung war es beim Pakt für Sicherheit wichtig, auch die Arbeit der Polizeikräfte zu würdigen, die seit vielen Jahren Tag und Nacht für Sicherheit im Land sorgen. Deshalb ist die **Wechselschichtzulage** für Polizistinnen und Polizisten von 50 auf 150 Euro angehoben worden. Bei den Spezialeinheiten (SEK, MEK), die bislang etwa 150 Euro Zulage erhielten, verdoppelt sich der Betrag aufgrund der besonders hohen Gefahr für Gesundheit und Leben auf 300 Euro. Beschäftigte des Landes, die mit der Sachbearbeitung von Kinderpornographie und sexuellem Missbrauch von Kindern befasst sind, erhalten künftig eine Zulage von 100 Euro. Auch für Bedienstete in Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten, in zivilen Observations- und Ermittlungsgruppen, bei der Mobilien Aufklärung Extremismus und Diensthundeführer gibt es neue oder erhöhte Zulagen. Mit einem **Beförderungsprogramm** verbessern wir zugleich die Aufstiegschancen für Polizistinnen und Polizisten.

Das Land hat zudem in den letzten 2 ½ Jahren die **Ausstattung der Polizei verbessert**. Unter anderem wurden neue Schutzwesten und Helme beschafft und 257 neue Funkstreifenwagen und Spezialfahrzeuge in Dienst gestellt.

Die **Bereitschaftspolizei** ist zurück in Anklam, um Anfahrtswege sowie Reaktionszeiten zu verkürzen. Seit August 2018 ist im Polizeizentrum in Anklam der neu aufgestellte 4. Einsatzzug der 2. Bereitschaftspolizeihundertschaft offiziell in den Dienst gestellt. Die Zahl der Einsatzkräfte des Landesbereitschaftspolizeiamtes M-V ist damit um insgesamt 38 Stellen gestiegen.

### 33. Sicherheits- und Ordnungsgesetz angepasst

Mit einer **Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes** wurden wichtige Befugnisse zur Gefahrenabwehr und zur Terrorismusbekämpfung eingeführt. So ist es jetzt auch in Mecklenburg-Vorpommern möglich, unter bestimmten Voraussetzungen insbesondere islamistischen Gefährdern Aufenthaltsauflagen zu erteilen und ihnen zur Kontrolle auch die elektronische Fußfessel anzulegen. Auch der Einsatz von Bodycams als deeskalierendes und

generalpräventives Einsatzmittel und als Mittel zur Beweissicherung und Aufklärung von Straftaten ist mit der SOG-Änderung gesetzlich verankert. In einem Pilotverfahren werden verschiedene Modelle von Body-Cams in mehreren Pilotdienststellen des Landes erprobt.

In einer aktuell anstehenden zweiten Stufe der SOG-Novelle werden für unsere Polizei u.a. weitere Rechtsgrundlagen für die Abwehr von Gewalt und Terrorismus geschaffen und die Auswirkungen von EU-Datenschutzvorgaben berücksichtigt. Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit in der Verbändeanhörung.

### **34. 50-Millionen-Programm für die Feuerwehren beschlossen**

Die Unterstützung der Feuerwehren ist für die Landesregierung ein besonderes Anliegen. In der ersten Hälfte der Wahlperiode förderte die Landesregierung 100 Investitionsvorhaben mit rund 15 Millionen Euro Sonderbedarfszuweisungen. Für 14 Vorhaben erhielten die Gemeinden rund 1,3 Millionen Euro Kofinanzierungshilfen. In den kommenden Jahren werden weitere Investitionen in die Feuerwehren erforderlich sein. Die Regierungspartner haben sich deshalb im Februar 2019 **auf ein 50 Millionen-Euro-Programm „Zukunftsfähige Feuerwehr“ verständigt**. Ziel ist es, den Fuhrpark der Feuerwehren landesweit abgestimmt, mit Schwerpunkt auf die überörtlich tätigen Feuerwehren zu modernisieren, um dauerhaft einen flächendeckenden Brandschutz sicherzustellen. Ein Konzept dafür wird in den nächsten Wochen erarbeitet.

Neben der materiellen Hilfe hat auch die Wertschätzung und Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Freiwilligen Feuerwehren einen hohen Stellenwert. Als Dank für die im Jahr 2018 geleisteten zahlreichen **Waldbrandeinsätze** fand daher im Zusammenwirken mit Ostseewelle HIT-RADIO MV im Oktober 2018 auf dem Rostocker IGA-Park-Gelände ein **Dankeschön-Fest der Landesregierung** mit einem abwechslungsreichen Kinder- und Familienprogramm für die Freiwilligen Feuerwehren des Landes statt. Gekommen sind rund 2300 Feuerwehrleute und Familienangehörige.

### **35. Kommunalen Finanzausgleich reformiert**

Im Mai 2017 haben die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände die Eckpfeiler für eine Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleiches eingeschlagen und sich auf eine zweistufige Reform geeinigt. Die **erste Stufe der Reform zum Finanzausgleich** wurde **zum 1. Januar 2018** wirksam. Dadurch hat die kommunale Familie insgesamt (amtsangehörige Gemeinden, große kreisangehörige Städte, kreisfreie Städte und Landkreise) **über 100 Millionen Euro mehr zur Verfügung**. Zudem ist mit der Änderung des FAG M-V der Kommunale **Entschuldungsfonds** neu eingerichtet worden, in dem für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 rund 70 Millionen Euro insgesamt zusätzliche Konsolidierungsmittel bereitgestellt wurden, um kommunale Körperschaften mit Haushaltsdefiziten zu unterstützen.

Im März 2019 gelang eine **Einigung über die zweite Stufe der Reform zum Finanzausgleich**, die zeitgleich mit dem neuen Bund-Länder-Finanzausgleich am 1. Januar 2020 in Kraft treten soll. Die kommunale Finanzausstattung wird aufgrund des Steuerwachstums und der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzausstattung weiter ansteigen,

so dass den Kommunen 2020 voraussichtlich 200 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Damit die Kreise, Städte und Gemeinden verstärkt in ihre Infrastruktur, also zum Beispiel in Kitas, Schulen oder Straßen, investieren können, haben sich die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände auf eine **kommunale Infrastrukturpauschale** verständigt, die mindestens 100 Millionen Euro umfassen soll. Zu diesem Zweck stellt das Land dauerhaft 60 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere 40 Millionen Euro werden der wachsenden Finanzausgleichsmasse entnommen. In den Jahren 2020 bis 2022 soll die Infrastrukturpauschale zudem auf 150 Millionen Euro aufgestockt werden. Davon werden zwei Drittel seitens des Landes finanziert. Außerdem wurden besondere Hilfen für finanzschwache Kommunen und der Abbau von Altschulden vereinbart. Eine entsprechende Änderung des Kommunalen Finanzausgleichsgesetzes wird jetzt vorbereitet.

Das Land hat die Kommunen auch über den **Kofinanzierungsfonds** unterstützt, in dem Mittel **von jährlich rund 10 Millionen Euro** zusätzlich aus dem Strategiefonds zur Verfügung stehen. So können auch finanzschwache Kommunen von Investitionsprogrammen des Landes, des Bundes oder der EU profitieren, an denen sie sonst nicht teilnehmen könnten, weil die erforderlichen Eigenmittel fehlen. Die Hebelwirkung dieser Finanzhilfen ist recht groß. Mit dem Kofinanzierungsprogramm wurden 2017 und 2018 insgesamt 71 Projekte gefördert. Damit können die Kommunen Investitionen in Höhe von rund 99,5 Millionen Euro u.a. für Kindertages- und Sportstätten, Schulen, Wegebau in ländlichen Regionen, für städtebauliche Vorhaben oder für Technik und Bauvorhaben im Brandschutz auf den Weg bringen.

Die Landesregierung unterstützt mit dem Gemeinde-Leitbildgesetz **freiwillige Gemeindefusionen**. Dafür gibt es finanzielle Anreize auf der Grundlage einer Fusionsverordnung, die im April 2018 noch einmal spürbar angehoben wurden. Darüber hinaus werden Konsolidierungszuweisungen gezahlt. Bis 2019 stehen für Fusionszuweisungen und für Konsolidierungszuweisungen jeweils ca. 40 Millionen Euro zur Verfügung.

### **36. Einigung zu Straßenausbaubeiträgen erzielt**

Das Parlament und die Landesregierung haben sich darauf verständigt, zum 1. Januar 2020 die **Erhebung von Straßenausbaubeiträgen** nach dem Kommunalabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern für ab diesem Zeitpunkt beginnende Straßenbaumaßnahmen **abzuschaffen**. Für Baumaßnahmen, die nach dem 1. Januar 2018 begonnen wurden, werden im Zuge einer Übergangsregelung ebenfalls keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben. Damit wurde das Anliegen einer Volksinitiative sehr weitgehend aufgegriffen.

Gleichzeitig wurde sich auf eine grundsätzliche Finanzierung der mit der Abschaffung der Straßenbaubeiträge verbundenen Einnahmeausfälle bei den Gemeinden durch das Land verständigt. Für die Jahre 2018 und 2019 ist geplant, die Betragsausfälle im Rahmen einer konkreten Abrechnung zu erstatten. Ab dem Jahr 2020 hingegen soll die Kompensation durch jährliche pauschal ausgereichte Mittel erfolgen. Die Finanzierung der Kompensationsleistungen des Landes soll durch eine Erhöhung der **Grunderwerbssteuer** zum 1. Juli 2019 erfolgen. Die Landesregierung arbeitet auf Grundlage dieser Vereinbarung nun an der Anpassung des Kommunalabgabengesetzes (KAG M-V).

### **37. Mehr Stellen in der Justiz geschaffen**

Mit dem Pakt für Sicherheit wurden auch **23 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen**. Damit ist neben der dringend notwendigen Verstärkung der Staatsanwaltschaften auch eine Verstärkung der Gerichte möglich. Auf diese Weise sollen die Dauer der Gerichtsverfahren verkürzt und aufgelaufene Bestände reduziert werden.

Zugleich hat die Landesregierung verschiedene Schritte zur Nachwuchsgewinnung in der Justiz unternommen. So haben wir das **Rechtsreferendariat attraktiver gestaltet**. Die vom Landtag beschlossene Möglichkeit der Verbeamtung auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ist ein wichtiger Bestandteil. Damit verbunden ist eine erhebliche Anhebung der Vergütung für Rechtsreferendare. Damit befindet sich Mecklenburg-Vorpommern in einer Spitzenposition im Bund. Auf diese Weise konnte die Zahl der Rechtsreferendare allein im Einstellungstermin Dezember 2018 im Vergleich zum vorhergehenden Einstellungstermin verdoppelt werden. Darüber hinaus wird mit modernen Imagekampagnen und Informationstagen an der Universität in Greifswald auf die Attraktivität und die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten für Juristinnen und Juristen in Mecklenburg-Vorpommern aufmerksam gemacht.

Um die **Ausbildung zum Justizvollzugsanwärter und zur Justizvollzugsanwärterin** noch attraktiver zu gestalten, hat die Landesregierung den **Anwärtergrundbetrag um 35 Prozent erhöht**. Außerdem wurde die Wechselschichtzulage auf 150 Euro für Justizvollzugsbedienstete angehoben.

### **38. Neue Strukturen bei den Justizvollzugsanstalten geschaffen**

Die Landesregierung gewährleistet einen effizienten Justizvollzug. Die bestehenden Strukturen und Kapazitäten der Justizvollzugsanstalten sind unter Beachtung der Entwicklung der Haftzahlen überprüft und mit dem **Organisationskonzept 2020** bedarfsgerecht angepasst worden. Die Vollstreckungszuständigkeiten sind optimiert worden.

Zur Verringerung der Überkapazitäten von Haftplätzen wurde die **JVA Neubrandenburg geschlossen**. Die Jugendanstalt **Neustrelitz** wurde **in eine JVA mit Teilanstalt Jugendanstalt umgewidmet**, um nunmehr auch für junge männliche erwachsene Gefangene mit kurzen Freiheitsstrafen zur Verfügung zu stehen. Hierdurch werden die Entlassungsperspektiven für diese Gefangenen weiter verbessert, da sie in Neustrelitz die auf junge Menschen zugeschnittenen Behandlungs- sowie schulische und berufliche Bildungsmaßnahmen mitnutzen können.

### **39. Erinnerung an Mauerfall wachgehalten, DDR-Opfer unterstützt**

Die Landesregierung will den **9. November 1989** wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Am 9. November 2018 ist in einer Veranstaltung in Herrnburg, an der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und ihr schleswig-holsteinischer Amtskollege Daniel Günther sowie Schülerinnen und Schüler aus beiden Ländern teilgenommen haben, an den Fall der Mauer und die Öffnung der innerdeutschen Grenze erinnert und über die Zukunftsperspektiven junger Menschen diskutiert worden. Für den 9. November 2019 ist

wieder eine gemeinsame Veranstaltung zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in Planung.

Die Landesregierung unterstützt und fördert die Aufarbeitung von Diktatur und Unrecht in der sowjetischen Besatzungszone und der ehemaligen DDR. Die **Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen** hat in den vergangenen Jahren zusätzliche Aufgaben übernommen. Mit einer inzwischen vom Landtag beschlossenen Gesetzesänderung wurde der **gesetzliche Auftrag** der Landesbeauftragten **aktualisiert**. Der umfangreiche Aufgabenbereich der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur – **Beratung, regionale Forschung und politische Bildung** – wird in diesem Gesetz nun deutlich abgebildet.

Zu den Aufgaben der Landesbeauftragten gehört es auch, Menschen zu unterstützen, die als Kinder und Jugendliche in der ehemaligen DDR zwischen 1949 und 1990 in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben und heute noch an den Folgen leiden. Dazu wurde 2017 zwischen Bund, Ländern und Kirchen die „**Stiftung Anerkennung und Hilfe**“ errichtet. Bis zum Ende des Jahres 2018 haben sich 478 Betroffene an die Anlauf- und Beratungsstelle in Mecklenburg-Vorpommern gewandt. Unterstützungsleistungen in Höhe von mehr als 2 Millionen Euro wurden ausgezahlt.

#### **40. Die Landwirtschaft gefördert**

Die **Landwirtschaft** gehört weiterhin zu den wichtigsten Wirtschaftsbranchen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie bildet zugleich die Grundlage für die erfolgreiche **Ernährungswirtschaft** des Landes. Wie keine andere Branche ist die Landwirtschaft jedoch stark wetterabhängig. Die Branchenbilanz der vergangenen drei Jahre ist gemischt. Insbesondere die Hitze und Trockenheit im Sommer 2018 hat zu hohen Ertragsverlusten geführt und viele landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Existenz bedroht.

Die Landesregierung steht an der Seite der landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer Beschäftigten. Sie hat sich infolge der langanhaltenden Trockenheit auf Bundesebene für ein **Hilfsprogramm** eingesetzt, mit dem zumindest die Härtefälle aufgefangen werden konnten. Hierzulande haben 521 Landwirtschaftsbetriebe Anträge auf Trockenschadenshilfe in Höhe von insgesamt 43,2 Millionen Euro gestellt. Bis zum Jahresende 2018 wurden 411 Anträge bewilligt, darunter 73 ökologisch wirtschaftende Betriebe. Die restlichen Anträge befinden sich in der Bearbeitung.

Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage in vielen Landwirtschaftsbetrieben, ist das Fördergeschehen im Rahmen des **Agrarinvestitionsförderprogramms** weitgehend stabil geblieben. In 2018 sind 107 Vorhaben mit einem Zuschuss in Höhe von rund 8,3 Millionen Euro und einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 28,5 Millionen Euro umgesetzt worden. 2017 waren es 114 Vorhaben mit einem Zuschuss in Höhe von etwa 8,2 Millionen Euro und einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 29 Millionen Euro. Statt großer baulicher Investitionen stehen Fütterungstechnik und Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls bei Investitionen im Vordergrund.



## 41. Attraktivität der ländlichen Räume gesteigert

Ziel der Landesregierung ist es, dass sich die **ländlichen Räume gut entwickeln**. Menschen, die auf dem Land leben oder in Zukunft dort leben wollen, brauchen die Sicherheit, dass die Infrastruktur vor Ort Bestand hat oder neu geschaffen wird.

Dreh- und Angelpunkt für das Zusammenleben in ländlichen Gebieten sind attraktive Dörfer. In der ersten Hälfte der Wahlperiode sind **fast 500 Dorferneuerungsmaßnahmen** mit Zuwendungen in Höhe von 49 Millionen Euro durchgeführt worden. Insgesamt konnten so Gesamtinvestitionen von 87,5 Millionen Euro realisiert werden. Gefördert wurden unter anderem Sanierungsarbeiten an Kirchen, Gemeindehäusern und Feuerwehren, der Ausbau von Straßen und ländlichen Wegen sowie die Errichtung von Spielplätzen und Straßenbeleuchtungen.

Wir wollen, dass sich junge Familien für ein Leben auf dem Land entscheiden können. Deshalb sind in der ersten Hälfte der Wahlperiode zudem **rund 42,7 Millionen in den Bau von Kitas und Schulen im ländlichen Raum investiert** worden. Damit sorgen wir für ein attraktives Angebot an Kitas und Schulen und erleichtern Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Rahmen der Landesinitiative **Neue Dorfmitte M-V** haben im Jahr 2018 sieben Projekte eine Förderung erhalten. Ziel des Projektes ist es, kleine Dorfläden zu erhalten oder wiederzubeleben und damit zugleich Begegnungsmöglichkeiten in den Dörfern zu schaffen. Auch mobile Verkaufsläden werden unterstützt.

Ebenso wichtig wie Förderung ist die Vernetzung. Im Dezember 2016 hat die Landesregierung gemeinsam mit der Landgesellschaft M-V den Startschuss für das „**Netzwerk ländliche Entwicklung und Demografie**“ gegeben, das als Informations- und Anlaufstelle kreative Ideen im ländlichen Raum bündeln und unkompliziert bei der Umsetzung von Projekten helfen soll. Bisher fanden drei Jahreskonferenzen statt, darunter 2018 „Ohne Jugend hat M-V keine Zukunft“.

## 42. Hochwasser- und Küstenschutz verbessert

Die **Sturmfluten** zu Beginn des Jahres 2017 und 2019 haben gezeigt, dass die Küstenschutzanlagen des Landes an der gesamten Außenküste so ausgebaut sind, dass es auch bei Eintritt einer extremen Sturmflut zu keinen Überflutungen in den geschützten Ortschaften kommt.

Infolge der Januar-Sturmflut 2017 hat die Landesregierung ein **20-Millionen-Euro-Programm zur Beseitigung der Sturmflutschäden** auf den Weg gebracht. Unter anderem wurden Sofortmaßnahmen an den Landesküstenschutzdünen in Graal-Müritz und Wustrow in Höhe von ca. 150.000 Euro bewilligt. Auch wurden Mittel zur Aufspülung von Landesschutzdünen im Küstenabschnitt Lobbe/Gager und vor Glowe mit einem Investitionsvolumen von bisher ca. 4 Millionen Euro bewilligt. Durch diese Maßnahmen ist das Küstenschutzsystem wieder voll leistungsfähig und für erneute Sturmfluten gut gewappnet.

Für die Unterhaltung und den Betrieb der Gewässer I. Ordnung der zugehörigen wasserwirtschaftlichen Anlagen, der **Landesschutzdeiche** und der **Küstenschutzanlagen** wurden in der aktuellen Legislaturperiode bisher 20 Millionen Euro eingesetzt. Erst im Januar 2018 wurde für 9 Millionen Euro eine neue Sturmflutschutzmauer am südlichen Ende des Alten Stroms in Warnemünde errichtet.

### 43. Umwelt geschützt

Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich durch eine weitgehend intakte Umwelt aus. Das Land schützt und sichert die natürlichen Lebensgrundlagen und liefert seinen Beitrag zum **Schutz der Umwelt und des Klimas**.

Im Oktober 2017 wurde das 10-jährige Bestehen der **Waldaktie** mit einer Baumpflanzaktion im Klimawald Fleesensee begangen. Die mehrfach ausgezeichnete und zuletzt 2017 als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt geehrte Waldaktie ist eines der ersten Instrumente, um die Treibhausgas-Ausgleichfunktion eines Waldes in Wert zu bemessen. Rechnerisch kann bereits das Pflanzen eines Baumes die Kohlendioxid-Emissionen von einer vierköpfigen Familie in einem einwöchigen Urlaub ausgleichen. Über die Waldaktie sind bislang landesweit auf einer Gesamtfläche von rund 120 Hektar 18 Klimawälder entstanden. Etwa 85.000 Waldaktien zum Einzelpreis von 10 Euro wurden in ganz Deutschland sowie an Interessenten aus Europa, Südamerika und Australien verkauft. Damit standen aus dem Waldaktien-Verkauf bislang zusätzliche 850.000 Euro für Aufforstungen zur Verfügung.

Auch den **Schutz von Lebensräumen und Arten im Wasser** hat die Landesregierung fest im Blick. Im März 2017 ist mit den „Hinweisen zur Eingriffsregelung im marinen Bereich“ für Mecklenburg-Vorpommern eine allgemeine und verbindliche Grundlage für die Bewertung von unvermeidbaren Eingriffen ins Küstenmeer und die Ableitung und Umsetzung von Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen geschaffen worden.

Im Sinne des **Bodenschutzes** wurden in der aktuellen Förderperiode bislang 7,5 Millionen Euro aus dem Sondervermögen zur Sanierung ökologischer Altlasten eingesetzt. Ein Leuchtturmprojekt ist die im September 2017 begonnene Sanierung der ehemaligen VEB Bitumenverarbeitung Rostock am Ufer der Unterwarnow. Mit der Altlastensanierung in bester städtischer Lage verschwindet nicht nur ein städtebaulicher Missstand, sie macht auch den Weg frei für eine nachhaltige Nachnutzung.

Gerade unsere reichhaltige Natur zieht Urlaubsgäste nach Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesregierung fördert deshalb einen **sanften und naturnahen Tourismus**. Im Juni 2017 wurde das Welterbeforum auf Rügen, ein Ausstellungszentrum mit gastronomischer Infrastruktur, das sich ausschließlich dem UNESCO-Welterbe der alten Buchenwälder widmet, eröffnet. Im August 2017 wurde der Baumkronenpfad im Tiergarten „Ivenacker Eichen“ eröffnet. Seitdem sind die tausendjährigen Ivenacker Eichen auf eine ganz neue Weise erlebbar. Im Oktober 2018 wurde die Gemeinde Blankensee in den Naturpark „Am Stettiner Haff“ aufgenommen. Dadurch erweiterte sich dieser um rund 16 Quadratkilometer.

#### 44. Moorschutz umgesetzt und weiterentwickelt

Im Dezember 2017 hat die Landesregierung die „**Fachstrategie Paludikultur**“ vorgelegt. Sie ist nicht nur ein wesentlicher Beitrag des Landes zum Erreichen der Klimaschutzziele. Mit ihr bleiben wiedervernässte Flächen für die landwirtschaftliche Produktion erhalten, wodurch neue Arbeitsplätze entstehen und die Wertschöpfung im ländlichen Raum erhöht wird.

Die Landesregierung und die Universität Greifswald haben im Dezember 2018 eine Professur für **Moorforschung** auf den Weg gebracht. Mit der Einrichtung der Moorprofessur wird der besagte Forschungszweig langfristig auf ein verlässliches Fundament gestellt und der Wissenschaftsstandort Vorpommern weiter gestärkt.

Im November 2018 wurde der weltweit erste Standort zum Erwerb von Kohlenstoffzertifikaten auf Basis von Moorwiedervernässungen, der Polder Kieve, vollständig veräußert. Insgesamt 14.325 **MoorFutures** zum Einzelpreis von 35 Euro wurden innerhalb von etwa fünf Jahren verkauft. Die Einnahmen von rund 500.000 Euro dienen der Deckung der Projektkosten.

#### 45. Solide Finanzpolitik fortgesetzt

Die Landesregierung hat in den vergangenen 2 ½ Jahren ihre solide Finanzpolitik fortgesetzt. Die **Haushaltsjahre 2016, 2017 und 2018** konnten **dank der guten Konjunktur und sparsamer Haushaltsführung mit einem Plus abgeschlossen** werden.

Wir haben einen Teil der Überschüsse dafür **genutzt, um alte Schulden** aus den Jahren nach der Deutschen Einheit **abzubauen**. So konnten in Folge der Haushaltsabschlüsse 2016 und 2017 gut 400 Millionen Euro Altschulden abgebaut werden. Mit dem Überschuss 2018 sollen noch einmal rund 200 Millionen Euro hinzukommen. Damit reduzieren wir den Schuldenstand auf dann 9,4 Mrd. Euro. Das bedeutet weniger Geld, das wir für Zinsen an Banken überweisen müssen und mehr Geld, das wir sinnvoll für die Menschen bei uns im Land aufwenden können.

Die **Haushaltsüberschüsse** sind außerdem **für Schwerpunkte der Landesregierung genutzt** worden, zum Beispiel für die beitragsfreie Kita, den Pakt für Sicherheit, das Schulbauprogramm des Landes, Maßnahmen zur Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung oder auch die Landesprogramme „Zukunftsfähige Feuerwehr“ und „Mobilfunk“.

#### 46. Fachkräftewerbung intensiviert

Die Landesregierung ist ein attraktiver Arbeitgeber. Allerdings erleben wir gerade einen Generationenwechsel. Das bedeutet, dass wir uns in Zukunft noch stärker als bisher um gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Landesverwaltung bemühen und unsere Stärken als Arbeitgeber noch offensiver vermarkten müssen. Um diese Nachwuchskräfte zu gewinnen, hat die Landesregierung ein **Karriereportal aufgebaut**, das seit Herbst vergangenen Jahres online ist und zentral über die Stellen-, Ausbildungs- und Studienangebote in der Landesverwaltung informiert. Erste Erfolge zeichnen sich bereits ab: Bei den Finanzämtern hat sich die Anzahl der Bewerbungen mehr als verdoppelt.

#### 47. Für die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns eingetreten

Die Landesregierung hat sich auf Bundesebene für die Interessen des Landes und der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt. So war das Land im **Bundesrat** an zahlreichen Gesetzgebungsvorhaben beteiligt. Beispielsweise wurde mit Unterstützung Mecklenburg-Vorpommerns das **Gute-Kita-Gesetz** verabschiedet, so dass Mecklenburg-Vorpommern zusätzlich zu eigenen Mitteln auch Bundesmittel für die beitragsfreie Kita einsetzen kann.

Unter dem Vorsitz Mecklenburg-Vorpommerns in der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder wurde in Verhandlungen mit der Bundesregierung ein **Kompromiss über die zukünftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen ausgehandelt**. Mecklenburg-Vorpommern erhält mehr Mittel aus dem neuen Finanzausgleichssystem. Damit werden die Verluste durch den Wegfall des Solidarpakts II zumindest teilweise aufgehoben.

Im **Vermittlungsausschuss** hat die Ministerpräsidentin als Vorsitzende auf Länderseite maßgeblich daran mitgewirkt, dass der Weg für den Digitalpakt Schule und die damit verbundenen Grundgesetzänderungen auf den Weg gebracht werden konnten. In der von der Bundesregierung eingerichteten **Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“** tritt Mecklenburg-Vorpommern dafür ein, dass es auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts II eine besondere Förderung für strukturschwache Regionen gibt, künftig in Ost und West. Außerdem setzen wir für uns dafür ein, Gemeinden mit Wohnungsbaualtschulden aus DDR-Zeiten finanziell zu unterstützen.

In der Landesvertretung, dem Schaufenster des Landes in Berlin, haben sich Akteure aus dem Land auf zahlreichen Veranstaltungen präsentiert. Der Werbung für das Land dient auch das neue **Sommerfest der Landesvertretung**, das bei seiner ersten Auflage 2018 außerordentlich gut besucht war.

#### 48. Kontakte in Europa ausgebaut

Die Landesregierung hat im November 2018 erstmals eine **Kabinettsitzung in Brüssel** abgehalten. Sie hat dabei **Gespräche auf höchster Europäischer Ebene**, unter anderem mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und verschiedenen EU-Kommissaren geführt und sich für eine gute Ausstattung der EU-Strukturfonds auch in der nächsten Förderperiode eingesetzt.

Unter Vorsitz Mecklenburg-Vorpommerns hat sich die Europaministerkonferenz erfolgreich für eine stärkere Einbeziehung der Länder in die Beratungen über den **Brexit** und die dadurch nötigen Anpassungen von Gesetzen auf nationaler Ebene eingesetzt. Hier im Land haben wir bereits frühzeitig einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag für den Fall eines geregelten Brexits eingebracht.

Wir haben auch in den vergangenen Jahren die guten Kontakte im Ostseeraum gepflegt, unter anderem nach Polen, Dänemark, Finnland, Russland und Schweden. Ein **besonders enges Verhältnis** verbindet uns **mit unserem direkten Nachbarn Polen**, mit jährlichen Begegnungen zwischen der Ministerpräsidentin und dem Marschall der Wojewodschaft

Westpommern. Die Landesregierung hat dabei für eine noch engere Zusammenarbeit in einer **grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin** geworben. Mit dem Projekt „Nachbarspracherwerb von der Kita bis zum Schulabschluss“ unterstützen wir, dass Kinder im Kita- und Schulalter die Sprache des jeweiligen Nachbarlandes erlernen.

#### **49. Den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern geführt**

Die Landesregierung will Mecklenburg-Vorpommern **gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern** voranbringen. Wir suchen bei zahlreichen Veranstaltungen den Dialog mit den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

Einmal pro Halbjahr lädt die Landesregierung an einem bestimmten Tag landesweit zu Bürgerforen ein, bei denen sich die Ministerpräsidentin und die Ministerinnen und Minister den Fragen der Bürgerinnen und Bürger stellen. Insgesamt sind bei den vier bisherigen Runden von „**Landesregierung vor Ort**“ mehr als 2.500 Bürgerinnen und Bürger der Einladung zum Gespräch gefolgt.

Außerdem will die Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger stärker und früher in ihre Entscheidungen einbeziehen. Sie hat deshalb einen **Vorschlag zur Einführung von qualifizierten Volksbefragungen in den Landtag eingebracht**. Der Vorschlag sieht vor, dass eine Volksbefragung durchgeführt wird, wenn Landtag und Landesregierung dies übereinstimmend beschließen. Wird bei der Befragung eine Position von einer Mehrheit von mindestens einem Viertel der Wahlberechtigten befürwortet, ist das Votum für die Landesregierung bindend.

#### **50. Image des Landes gestärkt - Landesmarketingkampagne erfolgreich fortgesetzt**

Die Landesmarketingkampagne „**MV tut gut.**“ wirbt weiterhin erfolgreich für das Land und wirkt in der Positionierung Mecklenburg-Vorpommerns im nationalen und internationalen Wettbewerb der Regionen. Laut einer repräsentativen, bundesweiten Umfrage wird Mecklenburg-Vorpommern vor allem als attraktives Urlaubsland mit viel Natur und schönen Landschaften wahrgenommen, verstärkt aber auch als guter Wirtschafts-, Kultur- und Wohnstandort gesehen. Gemeinsam mit seinen Partnern im Netzwerk gelingt es dem Landesmarketing, dem starken touristischen Image des Landes Stück für Stück weitere wichtige Akzente für eine breitere Wahrnehmung hinzuzusetzen. Dafür wurden die Netzwerkarbeit intensiviert, die Auftritte des Landes im Online- und Social-Media-Bereich überarbeitet und die Kommunikation in allen Bereichen der Marke Mecklenburg-Vorpommern weiter justiert.

Mit mehr als 140.000 Besucherinnen und Besuchern war der **Mecklenburg-Vorpommern-Tag 2018** in der Hansestadt **Rostock das bislang erfolgreichste Landesfest**. Mit dem MV-Tag konnte ein wichtiger Beitrag für die Förderung von Selbstbewusstsein und gemeinsamer Identität geleistet werden. Mit zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung konnte das Landesmarketing zudem über zahlreiche Kooperationen imagefördernde Veranstaltungen und Vorhaben unterstützen.

Außerdem wurde die Hochschulmarketingkampagne „**Studieren mit Meerwert**“ erfolgreich fortgesetzt. Die Kampagne wirbt in der Zielgruppe der potentiellen Studienanfänger für die Vorzüge Mecklenburg-Vorpommerns als Studienstandort.